

ALLGEMEINES

Fachleute unterstützen Appell zur Instrumentenreform.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Deutsche Gewerkschaftsbund fordern einen grundlegenden arbeitsmarktpolitischen Kurswechsel der Bundesregierung. Über 3 100 arbeitsmarktpolitische Expertinnen und Experten unterstützen diesen Appell. Das parteiübergreifende Bündnis warnt vor einer Spaltung des Arbeitsmarktes und appelliert an alle Abgeordneten, die geplanten Kürzungen zu Lasten von Langzeitarbeitslosen im Bundestag zu stoppen. Besonders Frauen, junge Menschen mit unzureichender schulischer Qualifikation, Migrantinnen und Migranten, Menschen, die zeitweise oder dauerhaft behindert sind, Alleinerziehende und Langzeitarbeitslose im Hartz-IV-Bezug sind von der geplanten Instrumentenreform betroffen. Die Unterzeichnenden fordern von der Bundesregierung die Rücknahme der Sparbeschlüsse in der Arbeitsmarktpolitik, den Ausbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsangebote für Langzeitarbeitslose sowie die rechtliche und finanzielle Absicherung von Beschäftigungsunternehmen und Fort- und Weiterbildungsträgern. Zu dem Bündnis gehören Fachleute aus Gewerkschaften, aus allen Wohlfahrtsverbänden sowie aus Sozial- und Behindertenverbänden. Es sind Hochschullehrende und Praktikerinnen sowie Praktiker aus Jobcentern und Beschäftigungsunternehmen, Kommunalpolitiker und -politikerinnen sowie auch zahlreiche Mitglieder des Deutschen Bundestages. Die vollständige Unterzeichnerliste und weitere Infos sind im Internet unter <http://www.arbeitsmarktpolitik-fuer-alle.de/> einzusehen. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Landesverband Bremen e.V. vom 5.9.2011*

Perspektiven für das soziale Europa. Hrsg. Johannes Eisenbarth. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Berlin 2011, 92 S., EUR 12,80 *DZI-E-0038*

Im Oktober 2010 fand in Berlin die vom Deutschen Verein organisierte Konferenz „Perspektiven für das soziale Europa“ statt, die sich dem Thema der Sozialpolitik im geeinten Europa widmete. Die hier dokumentierten Beiträge befassen sich mit der sozialen Dimension der europäischen Integration und mit der dahingehenden Analyse aktueller politischer Prozesse, um auf diese Weise länderübergreifende Entwicklungslinien aufzuzeigen. Im Einzelnen dargestellt werden die Auswirkungen der europäischen Rechtsprechung, die Bedeutung der Binnenmarkt- und Wettbewerbspolitik sowie eine Podiumsdiskussion zu den Perspektiven im Zusammenhang mit der Armutsbekämpfung, den sozialen Diensten und der Rolle der Zivilgesellschaft bei der sozialpolitischen Gestaltung Europas. Bestellanschrift: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-502, Fax: 030/629 80-550, E-Mail: redlich@deutscher-verein.de

100 Jahre Sozialdienst katholischer Frauen in Moers.

Sozialarbeit von Frauen für Frauen leistet seit seiner Gründung 1911 der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) in Moers. Der SkF zählt auch heute lediglich 18 Mitarbeiterinnen, aber er füllt eine wichtige Nische in der Sozialen Arbeit in Moers und im linksrheinischen Teil des Kreises Wesel aus. Zu den Aufgaben zählen damals wie heute das Führen von Vormundschaften und die Vermittlung von Adoptionen. Daneben gab es in früheren Zeiten eine Zufluchtsstätte für sieben Mädchen und junge Frauen, das sogenannte „Vorasyll“. Die Idee der Bekämpfung der Armut von Frauen führte zur Gründung des Verbandes und trägt ihn auch heute noch. Armut ist immer noch ein Frauenthema, wenn auch äußerlich nicht mehr so sichtbar. Die Verelendung der Frauen im Zuge der Industrialisierung bewegte Agnes Neuhaus 1899, in Dortmund den „Verein vom guten Hirten“ zu gründen. Schon zwölf Jahre später folgten engagierte katholische Frauen aus vielen Orten des Kreises Moers der Idee der Gründerin und riefen als Arbeitsgemeinschaft den „Katholischen Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder“ und heutigen Sozialdienst katholischer Frauen Moers ins Leben. Von Anfang an gab es im SkF ein enges Miteinander von ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen, da es für bürgerliche Frauen selbstverständlich war, sich sozial zu engagieren, und nach wie vor überwiegt die Zahl der ehrenamtlichen die der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen. Einen Bruch gab es in der NS-Zeit. Die Arbeit musste stark eingeschränkt werden und konnte nur im Verborgenen fortgeführt werden, die Adoptionsvermittlung wurde dem Verein verboten. Mit der Einstellung der ersten Fürsorgerin 1950 startete der Wiederaufbau, die Schwangerschaftsberatung kam in den 1970er-Jahren hinzu und das Frauenhaus des SkF Moers gehörte bei seiner Eröffnung 1982 zu den Ersten im Land. Darüber hinaus ist der SkF anerkannter Betreuungsverein, begleitet ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer und führt auch selbst rechtliche Betreuung durch. Als selbstständiger Verein und anerkannter Träger der Jugendhilfe ist der SkF ein Fachverband im Deutschen Caritasverband. *Quelle: Pressemitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Münster vom 12.9.2011*

„Freiwilligendienste aller Generationen“. Die Engagementmöglichkeiten in Berlin. Hrsg. Der Paritätische Wohlfahrtsverband. Berlin 2011, 74 S., kostenlos *DZI-E-0043*

Mit den Freiwilligendiensten aller Generationen hatte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit Januar 2009 eine neue Engagementform entwickelt. Das bürgerschaftliche Engagement im Rahmen des unter der Trägerschaft des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes etablierten Programms umfasst mindestens acht Stunden pro Woche über einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten. Als Anerkennung finden für alle ehrenamtlich Tätigen kostenlose Qualifizierungen statt. Diese Broschüre bietet einen nach den

Berliner Stadtteilen geordneten Überblick über die Möglichkeiten einer zivilgesellschaftlichen Tätigkeit, wobei neben dem beschriebenen Projekt auch andere Einsatzbereiche Berücksichtigung finden. Bestellschrift: Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V., Geschäftsstelle Bezirke, Kollwitzstraße 94-96, 10435 Berlin, Tel.: 030/55 67 05-0

SOZIALES

828 300 Sanktionen gegen erwerbsfähige Hartz-IV-Berechtigte im Jahr 2010. Der häufigste Grund für Leistungskürzungen sind Meldeversäumnisse (61 %), gefolgt von der Weigerung, eine Eingliederungsvereinbarung abzuschließen oder deren Pflichten nachzukommen (18 %), sowie der Weigerung, eine zumutbare Arbeit, Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit anzunehmen (14 %). Die Regierung verteidigt das Mittel der Leistungskürzungen. Das Prinzip des Förderns und Forderns bedeute, dass Menschen, die mit Steuergeldern in Not-situationen unterstützt werden, mithelfen müssen, ihre Situation zu verbessern. Dieses Mitwirken entspreche einem allgemeinen Prinzip im Sozialleistungsrecht. Deshalb sei es richtig, an dieser Mitwirkungspflicht festzuhalten. Mit dem im Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) formulierten Sanktionsmöglichkeiten existiere ein Mechanismus, um auf Pflichtverletzungen zu reagieren. Das Existenzminimum bleibe aber stets gewahrt. *Quelle: Heute im Bundestag vom 2.9.2011*

Eine neue Kultur des Alterns. Altersbilder in der Gesellschaft. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Selbstverlag. Berlin 2010, 35 S., kostenlos *DZI-D-9491*
Im Rahmen der vom Deutschen Bundestag im Jahr 1994 beschlossenen Altenberichterstattung ist die Bundesregierung verpflichtet, in jeder Legislaturperiode einen Bericht zur Lebenssituation von Seniorinnen und Senioren in Deutschland vorzulegen, um auf diese Weise eine Grundlage für die öffentliche Diskussion zu schaffen. Nach Publikationen zum Wohnen, zu demenziellen Erkrankungen und zu den Potenzialen der betreffenden Generation befasst sich der von einer unabhängigen Sachverständigenkommission erstellte Sechste Altenbericht mit dem Thema der Altersbilder als individuelle und kollektive Vorstellungen vom Alter, vom Alternsprozess und von der sozialen Gruppe der älteren Menschen. Die Untersuchung umfasst Altersbilder in verschiedenen Lebensbereichen wie der Arbeitswelt, der Bildung, den Medien und der Werbung, der Pflege, der Kirche, der Zivilgesellschaft und der Politik. Darüber hinaus geht es um den demographischen Wandel, um negative und positive Diskriminierungen, um kulturelle Unterschiede und um Fragen der Verantwortung in der Zivilgesellschaft. Bestellschrift: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 4810 09, 18132 Rostock, Tel.: 018 05/77 80 90, E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Anpassung der Regelsätze für Asylbewerber.

Die Bundesregierung plant die Anpassung der Regelsätze im Asylbewerberleistungsgesetz und will bis Ende des Jahres Eckpunkte für eine entsprechende gesetzliche Regelung ausarbeiten. In der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales vom 28.9.2011 stand ein Antrag der SPD-Fraktion zur Diskussion, der einen Rechtsanspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket für Hartz-IV-Empfänger auch für Kinder im Asylbewerberleistungsbezug fordert. Momentan liegt die Gewährung dieser Leistung im Ermessen der Kommunen, was zu einer starken Ungleichbehandlung führt. Während in Bundesländern wie Berlin und Hamburg die betroffenen Kinder in das Bildungs- und Teilhabepaket mit einbezogen werden, lehnen andere Länder dies ab. Die Koalitionsfraktionen wiesen darauf hin, dass es Sache der Kommunen sei, über die Einbeziehung von Asylbewerberkindern in das Bildungs- und Teilhabepaket zu entscheiden. Mit ihrer Stimmenmehrheit lehnten Union und FDP den Antrag der SPD ab. *Quelle: Heute im Bundestag vom 28.9.2011*

Wirkungs- und Potenzialanalyse zum Hausnotruf in Deutschland.

„Länger zu Hause leben ...“ Hrsg. Initiative Hausnotruf und andere. Selbstverlag. Berlin 2010, 125 S., kostenlos *DZI-E-0012*
Als „Initiative Hausnotruf“ widmet sich die Arbeitsgemeinschaft der Hausnotrufanbieter und -gerätehersteller dem Anliegen, den Bekanntheitsgrad des seit etwa 25 Jahren bestehenden Hausnotrufs zu erhöhen und für dieses Angebot mehr Unterstützung in der Politik und im Gesundheitswesen zu erlangen. Zu diesem Zweck wurde eine Studie in Auftrag gegeben, um den Erfolg dieser technischen Einrichtung zu untersuchen. Im Mittelpunkt der auf einer repräsentativen Befragung von Privatpersonen und medizinischen Fachkräften gestützten Expertise stehen die gesellschaftliche Relevanz des Hausnotrufs, seine sozialen und wirtschaftlichen Effekte, die Zugangswege zu dieser Hilfeform, fördernde und hemmende Faktoren bei der Inanspruchnahme sowie mögliche Perspektiven für die Zukunft. Bestellschrift: Initiative Hausnotruf, c/o Peter Balz, Immanuelkirchstraße 3-4, 10405 Berlin, Tel.: 030/44 03 19 84, E-Mail: balz@initiative-hausnotruf.de

BGW gibt Empfehlungen zur „Neuen Werkstatt“ für Menschen mit Behinderungen.

Das in der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) verankerte Leitbild der sozialen Inklusion wird zu großen Veränderungen in der Behindertenhilfe führen. Auch Werkstätten für Menschen mit Behinderungen benötigen zukünftig ein neues Profil. Eine von der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) eingerichtete Expertengruppe hat dazu Empfehlungen erarbeitet, die beim Fachkongress „BGW forum 2011 – Gesundheitsschutz in der Behindertenhilfe“ in Hamburg vorgestellt wurden. Das Positionspapier thematisiert

nicht nur den anstehenden Wandel in den Betrieben selbst, sondern auch die Weiterentwicklung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen. Verfasst wurde es im Rahmen einer von der BGW ins Leben gerufenen „Denkwerkstatt: Inklusion und Werkstatt“ von Fachleuten aus Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, Verbänden, Politik und der BGW. Nach Einschätzung der Experten lässt sich die UN-BRK nur erfolgreich umsetzen, indem alle direkt und indirekt Beteiligten in einem partizipativen Prozess zusammenwirken. Dazu gibt die Denkwerkstatt Empfehlungen an die Träger, die Fachkräfte und die Beschäftigten der Werkstätten sowie die Teilnehmer dortiger Maßnahmen, an den Gesetzgeber, an die Rehabilitationsträger und an die Arbeitgeber des allgemeinen Arbeitsmarktes. Das Papier liegt als ausführlicher Fachtext über 38 Seiten und als 14-seitige Zusammenfassung in leicht verständlicher Sprache vor. Beide Versionen sind unter www.bgw-online.de, Suchstichwort „Inklusion und Werkstatt“, zu finden. *Quelle: Presseinformation der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) vom 9.9.2011*

GESUNDHEIT

Substitutionsbehandlung Drogenabhängiger soll verstärkt werden. Die Bundesregierung hält eine Ausweitung der diamorphingestützten Behandlung schwerstabhängiger Heroinsüchtiger für sinnvoll. Die Behandlung Schwerstabhängiger mit künstlich hergestelltem Heroin – dem sogenannten Diamorphin – bieten derzeit in Deutschland sieben Einrichtungen in Bonn, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Köln und München an. Diese Einrichtungen sind auch schon an einem früheren Modellprojekt beteiligt gewesen, neue Standorte sind nicht dazugekommen. Zum Jahresende 2010 haben sich rund 360 Patienten und Patientinnen in einer diamorphingestützten Substitutionsbehandlung befunden, die aktuelle Gesamtzahl der Behandlungsplätze ist nicht bekannt. Für die Behandlung auf Kosten der gesetzlichen Krankenkassen kommen nach Vorgaben des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) des Bundestages Patienten und patientinnen in Frage, die mindestens fünf Jahre abhängig sind, zwei erfolglos beendete beziehungsweise abgebrochene Suchtbehandlungen hinter sich und das 23. Lebensjahr vollendet haben. Den Weg für die besondere Behandlungsform hatte der Bundestag im Jahr 2009 frei gemacht. Der Regierung liegen Informationen aus einzelnen Kommunen vor, die darauf hindeuten, dass die Richtlinien zur diamorphingestützten Behandlung in ihrer derzeitigen Fassung die Einrichtung von Diamorphinambulanzen nicht begünstigt haben. Derzeit wird im G-BA ein Bericht vorbereitet. In diesem Zusammenhang sollen diejenigen Träger befragt werden, deren Bemühungen um die Schaffung neuer entsprechender Einrichtungen erfolglos verliefen. *Quelle: Heute im Bundestag vom 17.8.2011*

Acht Prozent aller Europäer nehmen Antidepressiva. Bei einer Befragung von 30 000 Europäern und Europäerinnen in 27 Ländern durch das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA), Bonn, haben im vergangenen Jahr etwa 8 % der Befragten angegeben, Medikamente gegen Depressionen eingenommen zu haben. Besonders stark betroffen ist die Altersgruppe von 45 bis 54 Jahren. In der Studie wird für den Zeitraum von 1990 bis zum Jahr 2000 annähernd eine Verdoppelung der Einnahme von Antidepressiva dokumentiert. Aus Daten der OECD lässt sich auch für die Folgezeit auf einen anhaltenden Aufwärtstrend schließen. Danach ist vom Jahr 2000 bis 2007 der Verbrauch von Tagesdosen pro 1 000 Einwohner von 32,4 auf 52,1 gestiegen. In den meisten Ländern geht der Einnahme von Antidepressiva ein Besuch beim Arzt oder bei einem Heilpraktiker voraus. Die Frage, ob sie in den vergangenen zwölf Monaten wegen psychischer Probleme einen Arzt konsultierten, hatten im Jahr 2010 in den europäischen Ländern im Durchschnitt etwa 11 % bejaht. Männer, Studierende, Verheiratete und Personen mit hohem Bildungsniveau suchten bei psychischen Problemen weniger häufig den Arzt auf als die Alleinlebenden, Arbeitslosen und Rentner. In den zwölf Monaten vor der Befragung hatten 13 % der Europäer ein Antidepressivum eingenommen. Am häufigsten griffen die Portugiesen zu Antidepressiva (16 %). Weitere Länder mit einem relativ hohen Verbrauch sind Frankreich (9 %), Litauen (11 %), Malta (10 %) und Großbritannien (9 %). Am seltensten nehmen die Griechen Antidepressiva ein (3 %). In Deutschland liege der Verbrauch mit 5 % überraschenderweise unter dem EU-Durchschnitt, obwohl die Deutschen bei der Lebenszufriedenheit im unteren Mittelfeld rangierten. *Quelle: trend information der Bank für Sozialwirtschaft vom 9.9.2011*

Onlinesucht und Komatrinken als neue Herausforderungen. Die hessische Landesregierung entwickelt orientiert an neuen und veränderten Konsummustern das hessische Suchthilfesystem weiter. An 26 Suchtberatungsstellen ist mittlerweile ein Beratungsangebot „Computer- und Internetsucht“ eingerichtet. In Frankfurt, Wiesbaden und Kassel gibt es spezielle Fachstellen für Mediensucht, die an die örtliche Suchtberatungsstelle angebunden sind. In Hessen wird damit nahezu flächendeckend eine qualifizierte Beratung bei Onlinesucht angeboten: 20 Fachstellen für Suchtprävention bieten Veranstaltungen zum Thema an. Dabei gehe es vor allem um Jugendliche, verstärkt aber auch Kinder, deren Beschäftigung mit Onlinespielen, Chatten usw. durchaus suchttähnlichen Charakter entwickeln kann. Das Präventions- und Interventionsprojekt „Hart am Limit – HaLt“, das landesweit durchgeführt wird, soll junge Menschen vor exzessivem Alkoholkonsum bewahren oder helfen, wenn sich bereits ein problematisches Trinkverhalten etabliert hat. Insgesamt wurde in den vergangenen Jahren die Alkoholprävention in Hessen kontinuierlich ausgebaut – allein 2010 waren

es 818 Maßnahmen. In Hessen ist davon auszugehen, dass rund 15 000 Personen einen problematischen Konsum von harten Drogen aufweisen, 90 000 Cannabis konsumieren, 250 000 Menschen riskant Alkohol trinken, 100 000 von Medikamenten abhängig sind und rund 320 000 Menschen täglich zwischen 16 und 20 Zigaretten rauchen. Hinzu kommen noch pathologische Glücksspielende und Online-Süchtige. *Quelle: Presseinformation des Hessischen Sozialministeriums vom 28.9.2011*

Arzneimittelversorgung der Privatversicherten

2009. Zahlen, Analysen, PKV-GKV-Vergleich. Von Frank Wild. WIP, Wissenschaftliches Institut der PKV. Köln 2011, 94 S., kostenlos *DZI-E-0035*

Um das Verordnungsprofil von generikafähigen beziehungsweise patentfreien Wirkstoffen zu untersuchen, wurde bereits im vorangegangenen Jahr eine Studie zur Arzneimittelversorgung von Privatversicherten 2008 durchgeführt. Diese Fortschreibung zeigt auf, welche Arzneimittel aktuell für die Ausgaben der Krankenversicherungen verantwortlich sind und welche Wirkstoffe die Versicherten hauptsächlich erhalten. So enthält die Handreichung Informationen zu den am häufigsten verordneten Medikamenten, wobei jeweils die Daten der privaten Krankenversicherung (PKV) denjenigen der gesetzlichen Krankenversicherung gegenübergestellt werden. Auch nicht verschreibungspflichtige sowie neue Präparate, die Generikaquote und die Preise finden Beachtung. Im Anhang erfolgt eine Auflistung der 300 umsatzstärksten Medikamente in der PKV. Bestellschrift: WIP Wissenschaftliches Institut der PKV, Gustav-Heinemann-Ufer 74 c, 50968 Köln, Tel.: 02 21/99 87-16 52, E-Mail: wip@pkv.de

Hohe Ablehnungsquote von Mutter-Kind-Kuren.

Seit 2007 steigt die Ablehnungsquote für Mutter-Kind-Kuren in der Erzdiözese Münster stetig an. Im ersten Halbjahr 2011 ist sie auf aktuell durchschnittlich 31 % gesprungen, die höchste Ablehnungsquote einer Kasse betrug sogar 81 %. 3 000 Frauen hatten sich im ersten Halbjahr 2011 an die Kurberatungsstellen der Caritas gewandt. Das waren zwar 11 % weniger als im Vorjahr, aber für sie war ein um 25 % höherer Beratungsaufwand notwendig. Für 1 566 Frauen wurde ein Kurantrag gestellt, 1 213 von ihnen fuhren tatsächlich zur Kur. Ein Grund für den höheren Aufwand sind die vermehrt notwendigen Widersprüche gegen die Ablehnungsbescheide. Teilweise sind die Krankenkassen dazu übergegangen, die Frauen schon vor der Zusendung der Ablehnung anzurufen und zu fragen, ob sie den Antrag noch aufrecht erhalten wollen. In diesen Fällen wurde empfohlen, den schriftlichen Bescheid abzuwarten, um Widerspruch einlegen zu können. Über 90 % aller Klagen gegen die Ablehnungsbescheide sind erfolgreich, aber die Kassen setzen darauf, dass die Frauen nicht vor Gericht ziehen wollen und können. Ein weiterer Grund für das deutliche

Mehr an Beratung sind die immer komplexeren Problemlagen der Familien. Die Kurberaterinnen in den örtlichen Caritasverbänden vermittelten deswegen auch nicht nur und in jedem Fall eine Kur, sondern stattdessen oder zusätzlich weitere Hilfen wie beispielsweise Erziehungsberatung oder ambulante Erziehungshilfen. *Quelle: Pressemitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Münster vom 30.8. 2011*

Sterbende Menschen begleiten. Krankheit, Tod und Trauer in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe. Hrsg. Regionale Knoten Hamburg und andere. Selbstverlag. Hamburg 2011, 42 S., kostenlos *DZI-E-0036*

Wie einige Studien zeigen, sterben wohnungslose Menschen häufig an Krankheiten, die gut zu behandeln gewesen wären. Doch das Gesundheitssystem ist auf das Problem der Wohnungslosigkeit nicht eingerichtet und bietet keine adäquaten Hilfen an. Vor diesem Hintergrund widmet sich die Broschüre dem Anliegen, anhand einiger Praxisbeispiele auf Möglichkeiten der Spezialisierung hinzuweisen und die gesundheitliche Versorgung der betreffenden Zielgruppe zu verbessern. Darüber hinaus finden sich Hinweise zu rechtlichen Fragen, Sterbegleitung, Bestattung und Trauer. Die Schrift wendet sich an Akteure im Gesundheitswesen, in der Wohnungslosenhilfe und an alle, die sich für die Situation wohnungsloser Menschen interessieren. Bestellschrift: Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V., Regionaler Knoten, Repsoldstraße 4, 20097 Hamburg, Tel.: 040/63 64 77-91, E-Mail: Petra.Hofrichter@hag-gesundheit.de, Internet: www.hag-gesundheit.de/lebenswelt/soziale-lage/wohnungslose

JUGEND UND FAMILIE

Jugendliche wollen von der Politik ernst genommen werden.

Etwa 5 000 junge Menschen aus Niedersachsen haben sich am „glüXtest“ des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. (LJR) beteiligt und ihren Wohnort in 16 verschiedenen Kategorien mithilfe von Schulnoten bewertet. Das Zwischenergebnis zeigt: Jugendliche leben überwiegend gern in ihrem Ort und geben auf die entsprechende Frage im Durchschnitt die Note 2,5. Positiv bewertet werden dabei vor allem die nicht kommerziellen Freizeitangebote der Jugendverbände und die Sportmöglichkeiten. Weniger zufrieden sind die Jugendlichen mit der Ausbildungsplatzsituation und den Bemühungen der Kommunalpolitik, diese zu verbessern – die Durchschnittsnote ist hier eine 3,6. Besonders schlecht fallen die Noten für die jugendpolitischen Beteiligungsmöglichkeiten aus. Auf die Frage „Wie beurteilst du die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen?“ gaben die Jugendlichen die Note 3,7, bei der Frage, wie ernst genommen sie sich fühlen, gab es sogar nur eine Vier. Das Online-Voting war Bestandteil der neXT-vote-Kampagne des Landesjugendrings Niedersachsen

e.V. zur Kommunalwahl am 11.9.2011, an der sich auch 35 örtliche Jugendverbände und Jugendringe mit eigenen Aktionen beteiligt haben. Die schlechten Noten für Jugendbeteiligung und das Ernstnehmen durch die Politik sieht der Landesjugendring als Warnsignal. Bislang nutzen die Parteien jugendspezifische Zugänge nach Ansicht des Landesjugendrings nur unzureichend. *Quelle: Presseinformation des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. vom 9.9.2011*

Evaluation und Qualitätsentwicklung in der Gewalt- und Kriminalitätsprävention. Dokumentation des 10. Berliner Präventionstages. Hrsg. Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Selbstverlag. Berlin 2010, 169 S., kostenlos *DZI-D-9446*

Der seit zehn Jahren stattfindende Berliner Präventionstag dient der Bestandsaufnahme wichtiger Entwicklungen in der Gewalt- und Kriminalitätsprävention und der Auszeichnung besonders erfolgreicher Initiativen mit dem Berliner Präventionspreis. Diese Dokumentation der Tagung vom November 2010 beschreibt relevante Initiativen in den Bereichen Kindertageseinrichtung, Schule, Jugendhilfe und Sport, wie beispielsweise das Beccaria-Programm zur Kriminalprävention, Papilio, TES-YA-family, „Stadtteilmütter in Neukölln“ und EFFEKT®. Darüber hinaus werden Evaluationsergebnisse einzelner Projekte sowie Verfahren der Evaluation und Qualitätsentwicklung dargestellt. Bestellanschrift: Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Klosterstraße 47, 10179 Berlin, Tel.: 030/902 23-29 13, E-Mail: berlin-gegen-gewalt@seninnsport.berlin.de

Mustereinspruch gegen die Abzweigung des Kindergeldes. Sozialämter sind berechtigt, das eigentlich den Eltern zustehende Kindergeld an sich abzuzweigen, wenn sie behinderten Kindern Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gewähren und die Eltern keine Unterhaltsaufwendungen für ihre Kinder haben. Belaufen sich die monatlichen Aufwendungen für das Kind auf 184 Euro, dürfen die Eltern das Kindergeld behalten. Nach einem Urteil des Finanzgerichts (FG) Münster vom 25.3.2011 zählen auch eigene Betreuungsleistungen der Eltern zu den Unterhaltsaufwendungen, sofern sie konkret dargelegt und durch ärztliche Bescheinigungen glaubhaft gemacht werden. Das Urteil bestätigt die Rechtsauffassung des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen (bvkm), dass Betreuungsleistungen der Eltern von den Familienkassen bei der Entscheidung über die Abzweigung des Kindergeldes zu berücksichtigen sind. Die vom bvkm erstellte „Argumentationshilfe gegen die Abzweigung des Kindergeldes“ beinhaltet einen Mustereinspruch und erklärt, wie sich Eltern behinderter Kinder gegen Abzweigungsanträge der Sozialämter zur Wehr setzen können. Die Hilfe wurde aufgrund der Entscheidung des FG Münster aktualisiert. Sie kann im Internet unter www.bvkm.de in der Rubrik Arbeits-

27.-28.10.2011 Berlin. Fachtagung in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag: Jugendhilfe an der Nahtstelle zum SGB II – viel Verantwortung, wenig Einfluss? Kommunale Strategien nach der Reform arbeitsmarktpolitischer Instrumente und zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes. Information: Deutsches Institut für Urbanistik, Katrin Adam, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-136, E-Mail: adam@difu.de

12.11.2011 Bonn. Fachmesse: Engagement weltweit 2011. Information: Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee e.V., Thomas-Mann-Straße 52, 53111 Bonn, Tel.: 02 28/90 89 9-10, E-Mail: forum@entwicklungsdiensd.de

14.-16.11.2011 Hamburg. 51. DHS-Fachkonferenz Sucht: Suchthilfe und Suchtpolitik International – Was haben wir von Europa und Europa von uns? Information: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) e.V., Westenwall 4, 59065 Hamm, Tel.: 02 381/9015-0, E-Mail: kaldewei@dhs.de

18.-19.11.2011 Bremen. Fachtagung: Leben lernen – Inklusiv weiterbilden. Information: Martinsclub Bremen e.V., Buntentorsteinweg 24-26, 28201 Bremen, Tel.: 04 21/537 47-67, E-Mail: kolleg@martinsclub.de

25.-26.11.2011 Frankfurt am Main. Fachtag der Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächspsychotherapie (GwG) e.V.: Personenzentrierte Psychotherapie: Neue Entwicklungen und wertvolle Außenimpulse. Informationen: GwG-Akademie, Melatengürtel 125a, 50825 Köln, Tel.: 02 21/92 59 08 50, E-Mail: akademie@gwg-ev.org

25.-27.11.2011 Berlin. 45. Bundesfachtagung des BHP: Gemeinsame Wege – Inklusion als Anspruch und Auftrag der Heilpädagogik. Information: BHP Bundesgeschäftsstelle, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 60, E-Mail: info@bhponline.de

26.-28.11.2011 Frankfurt am Main. Jahrestagung der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH): KOMPETENT, OFFEN, STREITBAR – Innovationen in den Erziehungshilfen in Geschichte, Gegenwart und Zukunft. Information: Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen, Galvanistraße 30, 60486 Frankfurt am Main, Tel.: 069/63 39 86-16, E-Mail: diana.duering@igfhn.de

28.-29.11.2011 Meißen. Tagung: Vor'm Horizont geht's weiter! Gemeinsame Schritte zur Stärkung der ostdeutschen Kinder- und Jugendarbeit. Information: Evangelische Akademie Meißen, Frau Ines Franke, Freiheit 16, 01662 Meißen, Tel.: 03 521/4706-15, E-Mail: ines.franke@ev-akademie-meissen.de

7.12.2011 München. ADHS-Symposium 2011: ADHS in unserer Gesellschaft – wie wir damit umgehen können. Information: Deutsche Kinderhilfe e.V., Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin, Tel.: 030/24 34 294-0, E-Mail: info@kinderhilfe.de

9.-10.12.2011 Wiesbaden. Jahrestagung des Netzwerks Rekonstruktive Sozialarbeitsforschung und Biografie: Biografie und Lebenswelt. Herausforderungen für eine kritische Soziale Arbeit. Information: Prof. Dr. Armin Schneider, Fachhochschule Koblenz, Fachbereich Sozialwesen, Konrad-Zuse-Straße 1, 56075 Koblenz, Tel.: 02 61/ 95 28-208, E-Mail: schneider@fh-koblenz.de

14.-16.12.2011 Hannover. Forum Sozialplanung: Wie kann Planung den Steuerungsprozess innerhalb der Kommune unterstützen? Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frau Bärbel Winter, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel: 030/62 980-605, E-Mail: winter@deutscher-verein.de

25.-26.1.2012 Berlin. 8. Forum zur Weiterentwicklung der Pflege und Pflegeversicherung: Nur Handeln zählt! Pflege entwickeln – Regionale Strategien gemeinsam umsetzen. Information: Contec, Gesellschaft für Organisationsentwicklung, Reinhardtstraße 31, 10117 Berlin, Tel.: 030/28 09 53 70, E-Mail: schunke@contec.de

25.-27.1.2012 Trier. Studententagung: Pädokriminalität weltweit. Über die Bekämpfung sexueller Ausbeutung von Minderjährigen. Information: Katholische Akademie Trier, Auf der Jüngst 1, 54293 Trier, Tel.: 06 51/81 05 431, E-Mail: anmeldung.kat@bistum-trier.de

30.-31.1.2012 Bonn. 3. Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik: Globale Lebensstile – Neue Wege für die Entwicklungspolitik. Information: lab concepts GmbH, Am Hofgarten 18, 53113 Bonn, Tel.: 02 28/24 98-110, E-Mail: bonncode@lab-concepts.de

1.-4.3.2012 Berlin. DGVt-Kongress für Klinische Psychologie: Psychotherapie kann mehr. Information: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie e.V., Corrensstraße 44-46, 72076 Tübingen, Tel.: 07 071/94 34 94, E-Mail: kongress@dgv.t.de

9.-10.3.2012 Berlin. 17. Kongress Armut und Gesundheit – Prävention wirkt! Information: Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V., Geschäftsstelle Berlin, Friedrichstraße 231, 10969 Berlin, Tel.: 030/44 31 90-60, E-Mail: post@gesundheitberlin.de

12.3.2012 Berlin. Jahrestagung der Bundesinitiative „Unternehmen: Partner der Jugend e.V.“ Information: UPJ e.V., Dr. Reinhard Lang, Brunnenstraße 181, 10119 Berlin, Tel.: 030/27 87 40 60, E-Mail: reinhard.lang@upj.de

bereiche/Recht und Politik/Argumentationshilfen unter dem Stichwort „Kindergeld“ kostenlos heruntergeladen werden. Quelle: Pressemitteilung des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen vom 5.9.2011

Kommunale Zeitpolitik für Familien. Ansätze, Erfahrungen und Möglichkeiten der Praxis. Von Johanna Possinger. Hrsg. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. Selbstverlag. Berlin 2011, 41 S., EUR 9,20 *DZI-D-9487*

Durch die häufig parallel zu erledigenden Aufgaben der Erwerbsarbeit, der Kindererziehung und der Pflege von Angehörigen entsteht für viele Familien ein chronischer Zeitdruck im Alltagsleben. Doch obwohl schon der 7. Familienbericht der Bundesregierung im Jahr 2006 forderte, Familien durch zeitpolitische Maßnahmen besser zu entlasten, beschränken sich die Bemühungen der Kommunen meist auf Modellprojekte, deren Implementierung an den knappen Haushaltsbudgets scheitert. Diese Studie beschreibt anhand von Praxisbeispielen Möglichkeiten, wie Familien auf lokaler Ebene unterstützt werden können. Ausgehend von einer Betrachtung der typischen Zeitkonflikte wird die Frage untersucht, wie Zeitpolitik allgemein und kommunale Zeitpolitik im Besonderen zu definieren ist, welche Ansätze unterschieden werden können und welche Erfahrungen in Deutschland damit bereits vorliegen. Auf dieser Grundlage erfolgt eine Darstellung von Herausforderungen und Erfolgsfaktoren der kommunalen Zeitpolitik für Familien. Bestellanschrift: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/ 629 80-502, E-Mail: redlich@deutscher-verein.de

Ergebnisse des Projekts „Sexuelle Gewalt in Institutionen“ vorgestellt. Im Rahmen des einjährigen DJI-Forschungsprojekts „Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen in Institutionen“ wurde deutschlandweit erfasst, wie häufig sich Schulen, Internate und Heime mit Verdachtsfällen auf sexuellen Missbrauch konfrontiert sehen und welche Maßnahmen der Prävention sie ergreifen. Schulen waren in den letzten drei Jahren zu 43 %, Internate zu knapp 40 % und Heime zu über 70 % mit verschiedenen Verdachtsfällen auf sexuelle Gewalt befasst. Mit 82 % sind Mädchen wesentlich häufiger von sexueller Gewalt betroffen als Jungen – die verdächtigten Täter sind überwiegend männlich. Übergriffe durch an den Institutionen beschäftigte erwachsene Personen sind vergleichsweise selten, wiegen aber schwer, da Kinder wie Eltern Fachkräften vertrauen können müssen. Überwiegend handelte es sich um strafrechtlich schwer fassbare Vorwürfe. 4 % der Schulen, 3 % der Internate und 10 % der Heime nannten einen solchen bekannt gewordenen Verdachtsfall – in jedem zehnten Heim wurden zu 20 % auch Verdachtsfälle mit Penetration genannt. Mit Übergriffen der Kinder und Jugendlichen untereinander sind die Institutionen deutlich häufiger konfrontiert. 16 % der befragten Lehrkräfte,

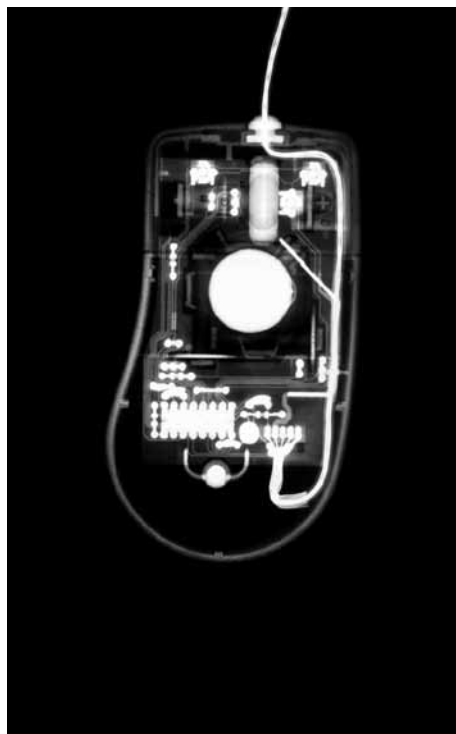
29 % der Internatsleitungen und 39 % der Heimleitungen berichteten von einem solchen Verdachtsfall in den letzten drei Jahren. 50 % der Verdächtigen waren unter 14 Jahre. Im Rahmen des DJI-Forschungsprojekts wurden auch drei Literaturexpertisen zum nationalen und internationalen Forschungsstand zu sexueller Gewalt gegen Kinder und zur Aufarbeitung der aktuellen Praxisdiskurse sowie elf Fokusgruppen und fünf Interviews mit Expertinnen und Experten (u.a. Vertreterinnen und Vertreter aus Beratungsstellen, Jugendämtern, Kirchen, Behindertenbereichen, Betroffeneninitiativen) beauftragt. Die Ergebnisse unterstreichen die Erkenntnisse, die sich aus weiteren Aspekten der Aufarbeitung der Unabhängigen Beauftragten ergeben haben. Weitere Informationen unter www.dji.de und www.beauftragte-missbrauch.de
Quelle: Pressemitteilung der Unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs vom 13.7.2011

Familienrat in der Praxis – ein Leitfaden. Von Christian Hilbert und anderen. Hrsg. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. Selbstverlag. Berlin 2011, 52 S., EUR 9,20 *DZI-D-9488*
 Das Ende der 1980er-Jahre unter der Bezeichnung „Family Group Conferencing“ in Neuseeland entstandene Verfahren des Familienrats basiert auf einer aktiven Par-

tizipation der Familien an der Arbeit des Jugendamtes mit dem ursprünglichen Ziel, die kulturelle Identität der indigenen Maori stärker zu berücksichtigen. Über die angelsächsischen Länder gelangte die in internationalen Evaluationen als nachhaltig bewertete Methode nach Europa und wird seit einigen Jahren auch in Deutschland praktiziert. Diese Publikation bietet ausgehend von Erfahrungen des Regionalen Sozialpädagogischen Dienstes in Berlin-Mitte einen ersten Einstieg in die Thematik. Sie erläutert Wesen, Merkmale und Vorteile der Methode, deren Eignung in Sachen Kinderschutz sowie Besonderheiten, die bei Familien mit Migrationshintergrund zu beachten sind. Darüber hinaus werden Voraussetzungen, Anforderungen und Ablaufphasen eines Familienrates beschrieben, ergänzt durch Fallbeispiele, Checklisten und Argumentationshilfen für die konkrete Umsetzung. Bestellschrift: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-502, E-Mail: redlich@deutscher-verein.de

AUSBILDUNG

MyStipendium.de bringt Licht in den Stipendien-dschungel. Das Stipendienportal www.mystipendium.de will Doktorandinnen und Doktoranden sowie ange-



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel mit dem Online-Factoring:

- Extrem günstige Konditionen
- Sichere und schnelle Vorfinanzierung
- Auszahlung innerhalb von zwei Arbeitstagen
- Finanzierungsvolumen wächst mit den Umsätzen
- Keine zusätzlichen Sicherheiten notwendig
- Vorteilhafter Einkauf (Skonto)
- Umgehung der Auswirkungen von Basel II

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de

Berlin · Brüssel · Dresden · Erfurt · Essen · Hamburg
 Hannover · Karlsruhe · Köln · Leipzig · Magdeburg
 Mainz · München · Nürnberg · Rostock · Stuttgart



Bank
für Sozialwirtschaft

hende Promovierende kostenlos bei der Suche nach einer Förderung unterstützen. Dazu wurden über 1 240 Fördermöglichkeiten anhand von 34 Bewerbungsvoraussetzungen klassifiziert. Durch einen automatischen Abgleich des individuellen Nutzerprofils mit den bei MyStipendium.de hinterlegten Stiftungsprofilen werden Nutzern und Nutzerinnen der Seite nur jene Stipendien und Forschungsaufenthaltsstipendien angezeigt, die tatsächlich auf das individuelle Profil passen. Das Portal umfasst eine große Bandbreite an Fördermöglichkeiten, die von der Förderung der Lebensunterhaltskosten über eine finanzielle Unterstützung von Auslandsaufenthalten bis hin zu Beihilfen für wissenschaftliche Arbeiten reichen. Darüber hinaus sind auch zahlreiche Stipendien, die sich speziell an Doktorandinnen richten, erfasst. Das Portal bietet zahlreiche Artikel zum Thema Stipendienbewerbung sowie Vorlagen für die eigene Stipendienbewerbung an. *Quelle: Newsletter der DGSA-Fachgruppe FH-Promotionsförderung vom 13.8.2011*

Interkulturelle Verständigung im behördlichen Alltag. Seit 2002 bildet die Diakonie Wuppertal Menschen mit Migrationshintergrund zu professionellen Sprach- und Integrationsmittlern (SprInt) aus, seit 2009 im Rahmen des Pilot-Projekts „SprInt-Transfer“. Nach ihrer Ausbildung unterstützen sie Behörden und Einrichtungen bei der Verständigung mit Zuwanderern, indem sie fachkundig dolmetschen und bei soziokulturellen Fragen vermitteln. Ihr Einsatz spart Kosten und erhöht die Effizienz der Dienste. Mit dem SprInt-Zertifikat ist zudem erstmalig ein bundesweiter Standard für Sprach- und Integrationsmittler entwickelt worden. Weitergehende Informationen über das SprInt-Transfer-Projekt bietet die Internetseite <http://www.sprint-transfer.de>. *Quelle: Pressemitteilung der Evangelischen Akademie im Rheinland und der Migrationsdienste Diakonie Wuppertal vom 29.8.2012*

Wiki des Fachbereichs Sozialwesen der Fachhochschule Potsdam geht online. Unter www.fhp-soziales.scholarwiki.de startete im August 2011 das erste Media-Wiki des Fachbereichs Sozialwesen der Fachhochschule Potsdam. Es entstand aus der Zusammenarbeit der Service-Stelle-E-Learning und den Teilnehmenden einer zweisemestrigen Werkstattlehrveranstaltung zum Themenbereich „Gesundheit aus der Perspektive Sozialer Arbeit“ im Bachelorstudiengang Soziale Arbeit. Im Rahmen der forschenden Lehre haben sich Studierende im ersten und zweiten Semester mit Perspektiven und Notwendigkeiten einer Sozialen Arbeit im Gesundheitskontext beschäftigt. Dabei sind die Beiträge des Wikis „Gesundheit und Soziale Arbeit“ entstanden. Sie befassen sich mit gesundheitspezifischen Themenstellungen wie der Attribuierung von Gesundheit durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter oder dem Stellenwert der Sozialen Arbeit im Gesundheitswesen, bearbeiten aber auch konkrete Themenstellungen wie Sucht im Alter, Leistungs-

druck, Sicherungsverwahrung oder Genialität und Wahnsinn und stellen mit der Health Literacy und der Salutogenese wegweisende Konzepte vor. Das Media-Wiki ist Ausdruck eines dialogischen Forschungsverständnisses und versteht sich als Pilotvorhaben. Im Wintersemester 2011/2012 wird es in der Werkstatt „Kinder- und Jugendgesundheit“ eine thematische Fortsetzung finden. *Quelle: Medieninformation 51 der FH Potsdam vom 25.8.2011*

Werbe- und Imagekampagne für den Erzieherberuf zeigt Wirkung. In Hessen werden derzeit mit 5 383 Fachschülerinnen und -schülern an den Fachschulen für Sozialpädagogik so viele Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet wie nie zuvor. Damit hat sich ihre Zahl in den letzten zwei Jahren um rund 20 % erhöht – im Schuljahr 2008/2009 waren es noch 4 448 Schülerinnen und Schüler. Dies ist auch auf die 2010 initiierte und bis Ende 2011 laufende Kampagne der Landesregierung „GROSSE Zukunft mit kleinen HELDEN – Werde Erzieherin/Erzieher“ zurückzuführen. Die Kampagne spricht verschiedene Zielgruppen an: Junge Frauen mit Mittlerer Reife oder Abitur ebenso wie junge Männer mit diesen Schulabschlüssen, die in Kindertageseinrichtungen bislang deutlich unterrepräsentiert sind, zudem Quereinsteiger, die aus einem anderen Beruf in den Erzieherberuf wechseln möchten, und in besonderer Weise auch Interessentinnen und Interessenten mit Migrationshintergrund, die ihre interkulturelle Erfahrung einbringen können. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige ab 2013, kleinere Gruppen und eine Stärkung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Kindertageseinrichtungen sorgen für einen erheblichen Bedarf an zusätzlichen Fachkräften. Das Hessische Sozialministerium geht davon aus, dass durch den Ausbau der Angebote in Kindertageseinrichtungen landesweit mit einem Mehrbedarf von 6 000 bis 8 000 sozialen Fachkräften in Kindertageseinrichtungen für die kommenden Jahre zu rechnen ist. Um diese Prognose mit regionalen Daten ergänzen zu können, werden aktuell entsprechende Zahlen erhoben, die bis zum Jahresende ausgewertet werden sollen. *Quelle: Pressemitteilung des Hessischen Sozialministeriums vom 1.9.2011*